

# Was ist linke Außenpolitik?

Linke Außenpolitik in Deutschland ist zuallererst oppositionell. Die Außenpolitik der rot-grünen, schwarz-roten und schwarz-gelben Bundesregierungen war von der Umwandlung der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz geprägt und von einer kontinuierlichen Zunahme ihrer Auslandsoperationen nicht nur nach Zahl und geographischer Ausdehnung, sondern auch in der Intensität begleitet.

Die Ziele dieser Auslandseinsätze werden zwar immer wieder humanitär verbrämt, sind aber klar festgeschrieben, so in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet ... Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z. B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar.“ Ähnliche Formulierungen fanden sich schon seit den 90er Jahren in den Verteidigungspolitischen Richtlinien und den Weißbüchern der Bundeswehr sowie in den offiziellen Strategiedokumenten der jeweils amtierenden Regierungen von Grün bis Schwarz. Sie stellen den Konsens unter den „politischen Eliten“ der BRD dar, die hier ein nationales Interesse definieren, dem „wir“ – wörtlich! – „dienen“ und für das „wir“ erforderlichenfalls auch sterben sollen. Gegenwärtig ist die Bundeswehr in Afghanistan, im Kosovo, vor der Küste Libanons, in der Türkei an der Grenze zu Syrien, am Horn von Afrika, in Sudan, in Kongo und in Mali, Senegal und angrenzenden Ländern Westafrikas im Rahmen mandatspflichtiger Einsätze aktiv.

Deren Intensität nimmt auch dann zu, wenn offiziell, wie in Afghanistan, von einem „Abzug“ die Rede ist. So wurden um die Jahreswende 2012/2013 erstmals Kampfhubschrauber der Bundeswehr vom Typ Tiger nach Afghanistan verlegt. Überspitzt könnte man sagen, diejenigen Einheiten, die eher zum Brunnenbau gedacht waren, werden abgezogen, dafür aber Einheiten mit großer Kampfkraft verstärkt. Auch als potentielles Einsatzgebiet der bewaffneten Kampfdrohnen, die angeschafft werden sollen, wird immer wieder Afghanistan genannt, was viel darüber aussagt, was wir uns unter diesem „Abzug“ vorzustellen haben. Eine massive Intensivierung hat auch der Einsatz am Horn von Afrika erlebt, bei dem es der Bundeswehr nach dem neuen Mandat seit Mai 2012 auch erlaubt ist,

die Küste unter Beschuß zu nehmen. Die Atalanta-Mission machte davon auch prompt Gebrauch, erstmals nur fünf Tage nach Ausweitung des Mandats. Die Presse berichtet hierüber kaum. Ich habe mich im Rahmen des parlamentarischen Fragerechts mehrfach erkundigt, doch die Bundesregierung macht zu diesen Angriffen keine brauchbaren Angaben. Eine Intensivierung des Einsatzes läßt sich sogar im Kosovo beobachten, wo die NATO lange Zeit eigentlich „nur“ Präsenz gezeigt oder ab und an Demonstrationen



**Sevim Dagdelen (1. v. l.) beim Protest ihrer Fraktion gegen den Massenmord von Kundus. Sie wurde am 22. Oktober erneut in den Bundestag gewählt.**

mit Tränengas aufgelöst hat. Seit einiger Zeit aber versuchen die deutschen Truppen der KFOR die völkerrechtswidrige Grenze zwischen Serbien und dem Kosovo mit Gewalt durchzusetzen: Sie fliegen albanische Zöllner über die von Serben bewohnten Gebiete des Kosovo und versuchen von der Bevölkerung geschaffene Grenzübergänge zu schließen. Auch hier kommt es zu Schußwechseln, über die in der BRD nicht berichtet wird.

Neben diesen vom Bundestag mandatierten Aktivitäten sind aber die Bundeswehr und eine zunehmend militarisierte deutsche Polizei noch in vielen weiteren Einsätzen aktiv: Sie patrouillieren an Grenzen oder schulen Soldaten und Polizisten in Zentralasien, für Irak, in den palästinensischen Gebieten und auf dem halben afrikanischen Kontinent. Beispielhaft – und auch Vorbild für die Mission jetzt in Mali – ist der als EUTM Somalia bezeichnete Einsatz. Hier werden junge Somalier, die zuvor von den USA in ihrer Heimat rekrutiert wurden, von der Bundeswehr und anderen europäischen Armeen im Häuserkampf ausgebildet und anschließend, mit Waffen ausgerüstet, in den somalischen Bürgerkrieg geflogen. Die Partei Die Linke hat hierzu mehrere kleine Anfragen und einen Antrag gestellt, somit immerhin öffentlich machen können, daß die Bundesregierung

nicht ausschließen kann, daß sich Minderjährige unter den jungen Männern befinden, die für den Bürgerkrieg ausgebildet und ausgerüstet werden.

In einem anderen Fall, in dem die äthiopische Armee im Auftrag der Bundesregierung vermeintliche somalische Polizisten ausgebildet hatte, mußte Staatssekretär Werner Hoyer auf meine Frage hin vor dem Bundestag einräumen, daß sich nachweislich Minderjährige unter diesen befunden haben und daß diese seither in Somalia eher die Rolle einer Miliz spielen.

Solche Einsätze gibt es noch eine ganze Menge. Allein im letzten Jahr haben die Missionen EUCAP Niger – hier werden Gendarmeriekräfte in Niger aufgebaut – und EUCAP Nestor – hier werden Marinekräfte der ostafrikanischen Staaten fortgebildet und aufgerüstet – begonnen. Diese Missionen finden ganz überwiegend im EU-Rahmen statt, und viele davon werden im Bundestag überhaupt nur behandelt, wenn wir sie durch mündliche und kleine Anfragen oder Anträge thematisieren. Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entpuppt sich also vor allem auch als Instrument zur Entparlamentarisierung und Entdemokratisierung der Außen- und damit zugleich der Kriegspolitik. Auch hier

wurde inzwischen recht klar formuliert, was deren Ziele sind.

In ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament zur Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes – einer Art zivil-militärischer Superbehörde, welche abseits demokratischer Kontrolle die Kompetenzen eines Außen- wie eines Verteidigungsministeriums und vieler Bereiche nationaler Entwicklungs-, Wirtschafts- und Innenministerien umfaßt – wurde die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sehr deutlich. Es geht den „europäischen Eliten“ darum, die EU zum mächtigsten globalen Akteur aufzubauen und darüber zu entscheiden, wer die Profite einstreicht und wer die Lasten zu tragen hat. Wenn wir die Rolle der Bundesrepublik in der Schuldenkrise betrachten und den von höchster diplomatischer Ebene geäußerten deutschen Hegemonieanspruch für Europa, dann wird endgültig klar, daß es sich hier um ein wesentlich von der BRD geprägtes imperiales Projekt handelt. Dafür ist es notwendig, die Möglichkeiten der Bevölkerung und der Parlamente, Einfluß auf die Außenpolitik zu nehmen, möglichst weit einzuschränken.

Doch nicht nur die parlamentarischen Kontrollrechte stehen einer derart imperialistischen Außenpolitik im Wege, sondern auch die Menschenrechte und das

Völkerrecht. Wie selektiv Menschenrechte wahrgenommen und wie sie selbst zum Instrument der Außenpolitik gemacht werden, muß ich hier nicht weiter ausführen, das ist ja tagtäglich spürbar. Ich möchte nur einen Fall aus meiner parlamentarischen Arbeit nennen: Die Bundeswehr macht keine Kriegsgefangenen. Entweder sie tötet ihre Gegner, oder sie übergibt sie irgendwelchen Behörden vor Ort, in Afghanistan etwa dem Kabuler Geheimdienst NDS, der für seine Folter in dortigen Gefängnissen berüchtigt ist. Durch Fragen, die ich an die Bundesregierung gestellt hatte, kam heraus, daß der BND den folternden NDS mit mehreren Millionen Euro unterstützt und ihm Ausrüstung zur Verfügung gestellt hat, wobei er dieses Geld aus dem Haushaltsposten „Stabilitätspakt für Afghanistan“ des Auswärtigen Amtes erstattet bekam. Das ist nur ein Beispiel, um zu verdeutlichen, daß eine Politik, andere Länder zu erobern und dort

Regierungen zu installieren, welche die Ausbeutbarkeit von Mensch und Natur sicherstellen sollen, mit Menschenrechten nicht vereinbar ist.

Sie ist auch mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren, das immer stärker unterwandert wird. Hier spielen doppelte Standards ebenfalls eine wichtige Rolle. Wir haben jüngst mit einer kleinen Anfrage am Beispiel Syriens herausgearbeitet, daß sich die Bundesregierung und deren Verbündete jeder Kritik an der Verletzung syrischer Souveränität – von Waffenlieferungen und der Einschlebung von Kämpfern bis zu Luftangriffen aus der Türkei und Israel – enthalten. Andererseits nehmen sie den Abschluß eines türkischen Kampfflugzeuges durch die syrische Luftverteidigung, das in den Luftraum des Landes eingedrungen war, zum Anlaß nehmen, die NATO und mit ihr die „Patriot“-Staffeln der Bundeswehr an der Grenze zu mobilisieren. Das Völkerrecht verletzen immer nur die anderen, die politischen Gegner. Zugleich versuchen die westlichen Staaten unter dem Schlagwort der „Schutzverantwortung“ wie etwa in Libyen, die Intervention selbst zu einer völkerrechtlichen Pflicht umzudeuten. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen! Denn der Kern des Völkerrechts und seiner friedenserhaltenden Wirkung ist das Souveränitätsprinzip, das Einmischungsverbot. Schon lange vor der Eskalation in Syrien habe ich vor dem Hintergrund auch der Erfahrungen in Somalia darauf hingewiesen, daß die Aufweichung des Souveränitätsprinzips auf das hinausläuft, was ich als „ferngesteuerte Bürgerkriege“

bezeichne und wovon die Ausbildungs- und Ausstattungshilfe – als „Sicherheitssektorreformen“ und Waffenlieferungen deklariert – ein zentraler Bestandteil ist. Das hat noch ganz andere Auswirkungen, wovon meiner Meinung nach die wichtigste darin besteht, daß die Machtfrage ins Ausland verlagert wird. Wir können in letzter Zeit immer deutlicher beobachten, daß sich Bewegungen, die eine unerwünschte Regierung stürzen möchten,



BRD-Marinesoldaten der Fregatte „Karlsruhe“ vor Dschibuti

gar nicht mehr an die eigene Bevölkerung wenden müssen, sondern an internationale Verbündete, die NATO-Staaten und die Golfmonarchien.

Was ergeben sich daraus für Forderungen an eine linke Außenpolitik? Als Bewegung in einem mächtigen EU- und NATO-Staat müssen wir uns zuallererst gegen den westlichen Interventionismus stellen. Das bedeutet, daß wir uns einer Militarisierung der EU widersetzen und den Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO mit dem Ziel ihrer Auflösung fordern müssen. Denn diese Strukturen beinhalten einen klaren Automatismus zur Intervention: Wenn ein Staat angegriffen wird, müssen auch alle anderen in den Krieg ziehen. Solche Angriffe, das sehen wir gerade in der Türkei, werden laufend provoziert. Auch innerhalb der EU dominiert die Vorstellung, daß man sich an jedem möglichen Einsatz beteiligen müsse, nur um die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu „stärken“.

Wir müssen außerdem den beständigen Lügen entgegenwirken, mit denen neue Kriege – auch etwa gegen Iran – vorbereitet werden. Das sehe ich als eine meiner Hauptaufgaben. So haben wir zum Beispiel eine kleine Anfrage zu dem Massaker in Hula auf den Weg gebracht, für das die Bundesregierung von Anfang an die syrische Regierung verantwortlich gemacht hat. Zur Verhinderung solcher Kriegslügen gehört auch die Unterstützung für Whistleblower, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit Informationen über westliche Kriegsführung öffentlich machen. Deshalb

habe ich als erste Abgeordnete Julian Assange in der Londoner Botschaft Ecuador besucht, deshalb unterstütze ich die Solidaritätsbewegung für Bradley Manning und Edward Snowden.

Wir müssen aber auch selbst ins Detail gehen und beobachten, wohin Deutschland, die EU und die NATO Waffen liefern, wo sie Militärs und Polizeikräfte für wen aufbauen und unterstützen und welche Rolle westliche Geheimdienste in Bürgerkriegssituationen spielen. Natürlich bin ich für ein Verbot aller Waffenexporte, die Beendigung aller Ausbildungs- und Ausstattungshilfe und die Auflösung des Auslandsgeheimdienstes. Zugleich müssen wir größere Transparenz und demokratische Kontrolle – das sind unsere von der Verfassung eigentlich garantierten Rechte – einfordern. Erst das ermöglicht uns, der imperialistischen Politik ernsthaft Steine in den Weg zu legen und die Öffentlichkeit zu informieren, welche unmoralische Politik da im Namen von Demokratie und Menschenrechten vollzogen wird.

Nicht nur deshalb, sondern vor allem auch, weil es unsere menschliche Pflicht ist, müssen wir uns auf der ganzen Welt gegen Menschenrechtsverletzungen, gegen die Enteignung und Entmündigung der Bevölkerungen und Gemeinwesen stellen. Wir dürfen uns dabei nur nicht an der Agenda der westlichen Staaten und ihrer Hofberichterstatter orientieren. Im Gegenteil müssen wir uns auf die Orte konzentrieren, wo Menschen durch deutsche Unternehmen und deutsche Politik eingeschränkt, verarmt und unterdrückt werden. Hier haben wir Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten. Hier sind es europäische Fischereiabkommen wie in Westafrika oder Freihandelsabkommen, welche zum Hunger der Bevölkerung beitragen.

Es sind europäische Pläne wie das Desertec-Projekt, welche die Aussichten der Sahra auf Selbstbestimmung in der Westsahara weiter untergraben. Es ist die Europäische Migrationspolitik, welche ganze Völker zu Gefangenen ihrer eigenen Regierungen oder sogenannter sicherer Drittstaaten macht. Und es sind die Menschen in Afghanistan, dem früheren Jugoslawien, Somalia, Libyen und Syrien, welche durch die imperialistischen Konflikte zwischen Großmächten und westlichen Plänen zur Neuordnung ganzer Territorien in unsägliches Leid gestürzt werden. Wir müssen uns für deren Rechte stark machen, indem wir zuallererst die Lehre aus der faschistisch-imperialistischen deutschen Vergangenheit aktualisieren: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!

Sevim Dagdelen

## Weder Dämonisierung noch Glorifizierung vermitteln ein objektives Bild Sachliches über Stalin

Mehr als 60 Jahre nach Stalins Tod am 5. März 1953 ist der sowjetische Staatsmann und Parteiführer laut „Spiegel“ für Deutsche „Bruder Todfeind“ und „mit Hitler gleichzusetzen“. War das vor sechs Jahrzehnten auch so?

Wer diesen Tag erlebt hat, wird nie vergessen, welche Trauer Millionen und Abermillionen Menschen überall auf der Welt empfanden. Fotos, Filme und Berichte dokumentieren das. Nicht nur Bürger der UdSSR fragten: Wie soll es ohne IHN weitergehen? Und sechzig Jahre später? Ist Stalins Bild aus dem Gedächtnis der Nachkommen verdrängt, sein Wirken allein auf das Schlagwort „Stalinismus“ reduziert? Im ND vom 5. März 2013 las man: „LINKE-Spitze einhellig für Gedenken an Opfer des Stalinismus“ sowie den Text einer Gedenktafel, die am Gebäude des Parteivorstands der Linkspartei angebracht werden soll. Das unter Stalin an unzähligen aufrechten Kommunisten der UdSSR und anderer Länder begangene Unrecht wird weder vergessen noch verziehen. Es ist aus dem Buch der Geschichte nicht zu löschen, gehört es doch zu den schlimmsten Entartungen in der überwiegend ehrenhaften Chronik der kommunistischen Bewegung. Verbindet sich aber nichts anderes als das mit Stalins Namen?

Springers „Die Welt“ bezeichnete den sowjetischen Spitzenpolitiker am 5. März 2013 als „Allmächtigen“ und widmete ihm einen ganzseitigen Artikel. „Nur wenige Menschen haben das 20. Jahrhundert derart geprägt wie ... Stalin“, lautete dessen erster Satz.

Etliche Kommentare brachten mich auf die Idee, über Stalins Beziehungen zu den Deutschen tiefer nachzudenken. Vor 1945 war er für mich der „Blutsäufer“, wie ihn die faschistische Goebbels-Propaganda und auch einige meiner Lehrer darstellten, nach der Befreiung im Mai 1945 wurde er für Millionen in einem widerspruchsvollen Prozeß allmählich der „weise und große Staatsmann“, nach dem Sieg der Konterrevolution in der UdSSR und den ehemals sozialistischen Staaten Europas dann aber eine geschichtliche Persönlichkeit, wie sie Schiller im „Wallenstein“ sah: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“

Bei weiterem Nachdenken zeigt sich: Die Deutschen, die Stalin so oder so sahen und sehen, gibt es nicht. Jeder sieht in ihm höchst Unterschiedliches. Nazis und Bischöfe den Leibhaftigen, nicht wenige Kommunisten die Hoffnung auf eine vom Kapitalismus befreite Menschheit, bourgeoise Politiker eine Figur im Ränkespiel der Mächte. Und umgekehrt: Stalin hatte

als Staatsmann mit den Spitzenpolitikern der Weimarer Republik und Nazi-Deutschlands, dann aber auch mit Wilhelm Pieck und dessen Mitstreitern zu tun. Sein Sohn fiel als Offizier den Faschisten in die Hände und fand im Konzentrationslager den Tod.

Das Thema „Stalin und die Deutschen“ ist mir nicht fremd. Der namhafte SED-Kulturpolitiker Alexander Abusch legte 1949



**Einigung in Potsdam: Im Sommer 1945 verständigten sich Stalin, Truman und Churchill (von r. nach l.) über die Grundsätze der Deutschland betreffenden Nachkriegspolitik.**

den Titel „Stalin und die Schicksalsfragen der deutschen Nation“ vor. Dort wurden sowohl seine theoretischen Arbeiten analysiert, die sich mit der „deutschen Frage“ befaßten, als auch Stalins Handlungen bei schicksalsschweren Ereignissen: Brest-Litowsk, Rapallo, dem Nichtangriffspakt, Plänen für die Nachkriegsentwicklung, Potsdam und der DDR-Gründung. Mit welchem Respekt Stalin damals behandelt wurde, läßt sich unschwer aus Begriffen herauslesen, die Abusch für ihn fand: „Lenin unserer Tage“, „marxistischer Erzieher“, „wahrer Führer für alle friedliebenden Völker“.

Ohne Zweifel gehörte Stalin zu den Kampfgefährten Lenins, welche mit der Oktoberrevolution eine weltgeschichtliche Wende einleiteten.

Die „Rapallo“-Politik sollte Grundlage friedlicher Koexistenz zwischen Deutschland und Sowjetrußland werden. Nützte oder schadete sie den Deutschen?

Wenn Stalins Einfluß auf die deutsche Politik geprüft wird, ist vor allem auch das Wirken der Kommunistischen Internationale – der Komintern – in Betracht zu

ziehen. Er war an der Ausarbeitung ihrer Strategie und Taktik maßgeblich beteiligt. Stalin unterstützte die Politik Ernst Thälmanns auch zu einem Zeitpunkt, als dieser von innerparteilichen Widersachern im Zuge der „Wittorf-Affäre“ zu Fall gebracht werden sollte. Hier ist nicht der Platz, um auch von Stalin zu verantwortende taktische Fehler der KPD vor 1933 zu erörtern. Ich meine vor allem die Bewertung der SPD als „sozialfaschistisch“.

Stalin kannte – auch aus geheimdienstlichen Quellen – Hitlers Pläne, die UdSSR durch einen Aggressionskrieg zu vernichten. Unter diesen Umständen blieben der sowjetischen Führung nur zwei Optionen: Mit Frankreich und England ein System der kollektiven Sicherheit gegen Nazideutschland zu vereinbaren, was mit „München“ 1938 scheiterte, oder den Kriegsausbruch solange wie möglich hinauszuschieben. Denn seit 1933 war Deutschland für die UdSSR der potentielle Aggressor. Der 1939 abgeschlossene Nichtangriffsvertrag zwischen Moskau und Berlin, der zweifellos auch negative Begleitumstände hatte, ist nur so zu erklären, nicht aber als „Hitler-Stalin-Pakt“ fehlzuinterpretieren. Am 3. Juli 1941 stellte Stalin fest: „Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht!

Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten.

Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt.“

Stalin zog das Fazit: „Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für eineinhalb Jahre den Frieden sowie die Möglichkeit gesichert, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Paktes zu überfallen. Das ist ein unbestreitbarer Gewinn für uns

und ein Verlust für das faschistische Deutschland.“

„Der Spiegel“ deutete in seiner Ausgabe vom 11. Juni 2011 das Geschehen freilich anders. Er schrieb über ein Porträt Stalins: „Bestie und Unmensch ... Die deutsche Niederlage entschied das Duell zweier Despoten, die einander seit 1923 belauert hatten: Hitler und Stalin.“ Immerhin wurde eingestanden: „In den Jahren des Krieges hing alles, aber auch alles vom Widerstand der Roten Armee ab. Am Ende des Krieges war Stalin, auch für Hunderte Millionen Menschen außerhalb der Sowjetunion, zu dem unverrückbaren Begriff, ja zu dem Inbegriff der Größe des sozialistischen Staatsmannes geworden, dem sie die Rettung der demokratischen Freiheit der ganzen Welt vor ihrer Vernichtung durch Hitler zu danken hatten.“

Stalin hatte es seit der Schlacht an der Wolga weitgehend in der Hand, wie mit den Eindringlingen zu verfahren war. Sollte er die Mordbefehle Hitlers und seiner Feldmarschälle kopieren? „In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten ... Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien.“

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleibt“, hieß es in Stalins Armeebefehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942.

Der Einsilbigkeit mancher „Linker“ beim Thema Stalin stehen die Aktivitäten von Antikommunisten aller Schattierungen gegenüber. Den meisten geht es darum, Hitler und Stalin gleichzusetzen, um damit die Totalitarismuskritik, die Sozialismus und Faschismus auf eine Stufe stellt, „wissenschaftlich“ zu begründen.

Schon am 26. Januar 1934 hatte Stalin auf dem XVII. Parteitag der KPdSU erklärt: „Wer den Frieden will und geschäftliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden. Denjenigen

aber, die versuchen sollten, unser Land zu überfallen, wird eine vernichtende Abfuhr zuteil werden, damit ihnen in Zukunft die Lust vergeht, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken.“

Millionen Menschen, zunächst die Angehörigen der Naziwehrmacht, hatten die Folgen der Mißachtung dieser Warnung zu tragen. Daß der Krieg am erbittertsten



**In den Schützengräben von Stalingrad wurde die Wende des Krieges durch die Rote Armee erzwungen.**

auf dem Boden der Sowjetunion geführt wurde, nutzte die faschistische Propaganda, um Stalin und der Roten Armee die unendliche Zahl der Opfer anzulasten. Bis zum Mai 1945 glaubten viele Wehrmachtssoldaten, ihre Heimat gegen den „Bolschewismus“ zu schützen. Sie ließen sich von den nazistischen Bankrotteuren bis fünf Minuten nach zwölf – vor und in Berlin – mißbrauchen.

Wie aber sollte es nach der Kapitulation weitergehen?

Am 9. Mai 1945 sagte Stalin: „Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstücken oder zu vernichten.“

In den internationalen Beziehungen suchte Stalin nicht nur sowjetische, sondern auch Interessen der friedliebenden und demokratischen Kräfte Deutschlands durchzusetzen. Das beweisen das Potsdamer Abkommen, die Unterstützung der Herstellung der Arbeitereinheit und des Volksentscheids über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, vor allem aber die Zustimmung zur Gründung der DDR. Am 13. Oktober 1949 schrieb er in seiner Glückwunschschaft an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl: „Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.“

Veröffentlichte Dokumente, darunter auch die Gesprächsprotokolle von SED-Politikern mit Stalin, lassen das Urteil zu, daß er gegen die Spaltung Deutschlands war. Er versuchte, die Remilitarisierung der BRD und damit den Rüstungswettlauf auf deutschem Boden zu verhindern. Zugleich

riet er den SED-Politikern, den Aufbau des Sozialismus nicht zu forcieren. Die letzte Tat in der „deutschen Frage“, die mit dem Namen des sowjetischen Staatsmannes verbunden war, ist die sogenannte Stalin-Note vom 10. März 1952. Darin wandte er sich an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs und plädierte für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, wobei er konkrete Vorschläge für dessen Ausgestaltung unterbreitete. Als Kernbestandteil betrachtete Stalin das Weiterbestehen Deutschlands als einheitlicher Staat, gesamtdeutsche Wahlen nach den Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus, den Abzug aller Besatzungsmächte von deutschem Boden und die Festlegung des demokratisch verfaßten deutschen Staates auf einen ihn vertraglich verpflichtenden Neutralitätsstatus. Adenauer und seine Auftraggeber in Washington lehnten das Angebot ab und wählten den Weg der weiteren Spaltung und der Verschärfung des Kalten Krieges. Am 19. März

1953 wurde im Bundestag mit 225 gegen 165 Stimmen der „Generalvertrag“ angenommen, der die BRD in die NATO führte. Nicht verschwiegen werden soll, daß die von Stalin empfohlene global- und kontinentalstrategisch determinierte „Österreich-Lösung“, wäre der Westen auf sie eingegangen, vermutlich schwerwiegende Konsequenzen für die DDR gehabt hätte. Eine 40jährige Existenzdauer wäre ihr dann wohl kaum beschieden gewesen.

Im Dezember 1989 sorgten von Marx, Engels und Lenin wegdriftende „Reformer“ dafür, daß die Hauptlösung des SED-PDS-Parteitags nicht „Wir retten die DDR“, sondern „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ hieß. Eine verhängnisvolle Entscheidung.

**Prof. Dr. Horst Schneider**

Vor etwa einem Jahrzehnt faßte der Vorstand des RF-Fördervereins folgenden Beschluß:

*Wir betrachten Stalin als eine bedeutende Persönlichkeit der Geschichte – mit Licht und Schatten, Verdiensten und Verbrechen. Seine historische Rolle ist nur unter den Bedingungen von Raum und Zeit zu bewerten. Der RF weist den Begriff „Stalinismus“ zurück und lehnt jede Dämonisierung oder Glorifizierung der Person Stalins ab.*